

ARBEIT UND SOZIALES



Beschäftigungsschirm: Arbeitsplätze sichern – Konjunktur stabilisieren – Zukunft gestalten

Die Finanzkrise hat die Unternehmen erreicht – auch in der Region Stuttgart. Viele Firmen der Automobil- und Zuliefererindustrie haben mit gravierenden Auftrags- und Absatzeinbrüchen zu kämpfen.

Schon im Dezember 2008 hat das Parlament auf Initiative von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz daher mit dem Konjunkturpaket I wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ich habe mich bei den Beratungen dazu innerhalb der Fraktion besonders stark für die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes in zwei Schritten zunächst auf 18 und dann auf 24 Monate gemacht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können diese Phase sinnvoll für Weiterbildung nutzen.

Mit dem zweiten Konjunkturpaket stellt der Bund weitere 50 Mrd. € zur Verfügung. Allein 14 Mrd. € fließen in Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand, um die Kommunen zu unterstützen. Kindergärten, Schulen und Sportstätten in Stuttgart können so modernisiert und besser ausgestattet, die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude erhöht werden. Nun sind die Kommunen am Zug.

Auch Familien und Unternehmen werden entlastet. So gibt es einmalig einen Bonus von 100 Euro pro Kind für Kindergeldbezieher, beim Kauf eines Neuwagens greift die Umweltprämie von 2500 Euro. Die Krankenkassenbeiträge sinken von 15,5 auf 14,9 Prozent, die Forschung für Hybridantrieb und Brennstoffzellen wird mit zusätzlichen Förderprogrammen unterstützt.

Um die Wirkungsweise der Maßnahmen bei uns vor Ort zu diskutieren, habe ich Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am 03. Februar zum Fachgespräch nach Stuttgart geholt.

Gute Arbeit für Alle – SPD fordert Mindestlohn

Im Hamburger Programm hat die SPD klar definiert: „Gute Arbeit“ muss ordentlich bezahlt werden, damit die Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können. Unternehmen dürfen sich ihre niedrig entlohnten Arbeitskräfte nicht vom Staat subventionieren lassen. Die Zahl niedrig qualifizierter Arbeiten steigt stetig. Jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland arbeitet im Niedriglohnbereich, die Mehrzahl sind Frauen. Viele erzielen kein Einkommen, das ihren Lebensunterhalt sichert. Dieser Trend darf sich nicht fortsetzen, weshalb wir an unserer Forderung nach einem flächendeckend existenzsichernden Mindestlohn festhalten.

20 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Fünf weitere Mitgliedstaaten haben vergleichbare Mindestlohnvereinbarungen. Nur in Zypern und Deutschland gibt es bisher keine derartige Lohnuntergrenze.



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de

ARBEIT UND SOZIALES



Ein erster Schritt ist getan – SPD setzt Mindestlohn bei Briefdienstleistungen durch

Seit dem 1. Januar 2008 gilt der tarifliche Mindestlohn für alle Beschäftigten im Bereich der Briefdienstleistungen. Damit haben wir den endgültigen Wegfall des Briefmonopols zum Jahreswechsel sozial abgedeckt. Jetzt kann der Wettbewerb im Postbereich über bessere Dienstleistungen und effizienteres Management ausgetragen werden – und nicht über die Höhe der Löhne der Posttinnen und Postboten. Nach der Bauwirtschaft und den Gebäudereinigern ist damit in einer dritten Branche durch die Regelungen des Entsendegesetzes gesichert, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping geschützt werden.

Was wir noch erreichen wollen

In unserer Regierungszeit ist es uns gelungen, wichtige Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Insgesamt 9 Branchen mit über 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, haben jetzt Zugang zum Instrument der Mindestlohnverordnung und sind so vor Lohndumping geschützt. Im Einzelnen handelt es sich um das Bauhauptgewerbe (einschließlich dem Maler- und Lackiererhandwerk, dem Dachdeckerhandwerk und dem Elektrohandwerk), das Gebäudereinigerhandwerk, die Briefdienstleistungen, die Pflegebranche, die industriellen Großwäschereien, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft, die Aus- und Weiterbildung sowie die Bergbauspezialdienste, für die ein Mindestlohn existiert.

Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetz war mit unserem Koalitionspartner nicht leicht zu machen. Gegen den massiven Widerstand der Union ist es uns aber gelungen, die rund 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzusichern.

Das ist ein erster Teilerfolg. Unser Ziel bleibt, in der nächsten Legislaturperiode für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn zu sorgen. Die Novelle des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes soll dort, wo das Arbeitnehmerentsendegesetz nicht greift, nämlich in Branchen mit einem Organisationsgrad unterhalb von 50 Prozent, die Festlegung von allgemeinverbindlichen Mindestarbeitsbedingungen – insbesondere von Mindestlöhnen – ermöglichen.

Ausbildung

Die SPD will, dass auch benachteiligte Jugendliche eine faire Chance auf dem Ausbildungsmarkt erhalten. Deshalb haben wir befristet einen Ausbildungsbonus eingeführt. Mit ihm werden 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bis zum Jahr 2010 geschaffen. Der Ausbildungsbonus soll Arbeitgeber dazu veranlassen, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderbedürftige junge Menschen, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen, bereitzustellen. Der Bonus beträgt 4.000, 5.000 oder 6.000 € und ist abhängig von der für das erste Ausbildungsjahr tariflich vereinbarten oder ortsüblichen Ausbildungsvergütung.



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de

ARBEIT UND SOZIALES



Weiterbildung

Mit der Bildungsprämie mobilisieren wir mehr Menschen für die berufliche Weiterbildung. Insbesondere Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, gering Qualifizierten und Älteren wird durch die Bildungsprämie ein finanzieller Anreiz zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen gegeben. Weiterbildung sichert nicht nur das eigene berufliche Fortkommen, sondern wirkt sich auch positiv auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung der Beschäftigung aus.

Gleiche Chancen für alle – von Anfang an!

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde und trotzdem gibt es ein erschreckendes Ausmaß an Kinderarmut in unserem Land und auch in Stuttgart. Wir wollen annähernd gleiche und gute Lebensbedingungen für alle Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft schaffen. Deshalb haben wir den Kinderzuschlag für Geringverdiener verbessert, das Kindergeld sowie den Kinderfreibetrag erhöht und innerhalb der Koalition dafür gesorgt, dass Kinder von ALG II-Beziehern jeweils zum Schuljahresbeginn zusätzlich 100 € für Bedarfsmaterial erhalten. Allerdings nur von Klasse eins bis Klasse zehn. Die Zahlung bis zum Abitur, wie es die SPD-Bundestagsfraktion vorgesehen hatte, war mit der Union nicht zu machen



Ute Kumpf

MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Bürgerschaftliches Engagement

Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711/ 23 31 40
Fax: 0711/ 23 50 99

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/ 227-737 29
Fax: 030/ 227-761 44

ute.kumpf@wk.bundestag.de
www.ute-kumpf.de